

Redebeitrag von ...*resist!*

Liebe Freund\*innen, liebe Genoss\*innen,

Samuel Kofi Yeboah wurde am 19. September 1991 durch einen rassistischen Brandanschlag ermordet. Seine MörderInnen schütteten flüssigen Brennstoff auf die Treppe der von ihm bewohnten Unterkunft und versperrten so den Fluchtweg für den, im Dachgeschoss des Hauses lebenden, Samuel Yeboah. Während andere sich noch aus dem Haus retten konnten und zum Teil mit Knochenbrüchen und leichten Verbrennungen davon kamen, kam für Samuel Yeboah jede Hilfe zu spät. So konnte er zwar noch lebend aus dem brennenden Haus geborgen werden, starb aber kurze Zeit später in einem Saarlouiser Krankenhaus. Wir wollen heute Samuel Kofi Yeboah gedenken und einen würdigen Umgang mit seinem Tod einfordern. Die Stadt Saarlouis verweigert sich, der selbst von der Bundesregierung anerkannten Tatsache, dass hier ein rassistischer Mord, motiviert durch den Hass auf alle, die der nationalistischen Ideologie der Täter nicht entsprechen, geschehen ist. Stattdessen ist Oberbürgermeister Henz besorgt um den guten Ruf seiner Stadt als Feier- und Fressmeile des Saarlandes und erklärt: "Die Stadt Saarlouis und deren Verantwortliche leugnen den Brandanschlag nicht. Aber bis heute, anders als anderswo, gibt es keine eindeutigen Beweise für einen rassistischen Anschlag. Insofern will ich meine und unsere Stadt nicht in Vergleich setzen mit Städten, in denen die Anschläge zweifelsfrei rassistischen Ursprungs waren."

Während man sich in Deutschland gerne über die rassistischen Zustände andernorts echauffiert, deckt man über die hiesigen Verhältnisse gerne den Mantel des Schweigen. So sieht man nun schon seit Wochen und Monaten in den Medien, dass rassistische Polizist\*innen in den USA reihenweise People of Color feige erschießen, ohne dass diese gegen irgendein Gesetz verstoßen haben. Dass RassistInnen hier in Deutschland in einer grauenhaften Intensität Geflüchtete und Migrant\*innen angreifen, ihre Heime in Brand setzen und auch alles andere tun, um ihr Leben in Deutschland so unerträglich wie möglich zu machen, ist schon lang keine Notiz mehr wert. So kam es auch nicht zum großen Aufschrei, als am Mittwoch der letzten Woche, rund 80 Nazis durch Bautzen marodierten und eine Hetzjagd auf in der Stadt lebende unbegleitete, minderjährige Geflüchtete veranstalteten. Am örtlichen Kornmarkt versammelten sich die Nazis und griffen die ebenfalls dort anwesenden Geflüchteten verbal und körperlich an. Die anrückende Polizei erteilte daraufhin nicht etwa den Nazis ein Platzverbot, sondern den Angegriffenen. Als diese sich weigerten zu gehen, schlugen auch noch die Bullen auf sie ein. In Folge dessen jagten die Nazis die Geflüchteten durch die ganze Stadt und bauten sich auch vor dem Flüchtlingsheim auf, in welches sich die Menschen retten konnten. Auch hier hielt es die Polizei nicht für notwendig Platzverweise auszusprechen. Stattdessen bekamen die Geflüchteten eine Ausgangssperre. In einer späteren Erklärung der Bautzener Polizei hieß es zudem, dass die Gewalt von den Angegriffenen ausging. Eine Farce, wenn man bedenkt, dass auch die anwesenden PolizistInnen mitangesehen haben, wie die Nazis sogar die anrückenden Krankenwägen mit Steinen angriffen.

Bereits im Februar jubelten in Bautzen die Einheimischen, als eine Unterkunft in Flammen stand und versuchten die Löscharbeiten zu behindern.

Dass die Polizei sich gerne zur KollaborateurIn der Nazis macht, zeigt sich regelmäßig auf Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Veranstaltungen, die Aktivist\*innen der radikalen Linken auf die Straße gegen rechts bringen. Da werden dann Menschen verprügelt, festgenommen,

und wie zuletzt in Stuttgart beim Parteitag der AfD passiert, von den eingesetzten BeamtInnen gequält. Doch die deutsche Exekutive übernimmt nicht nur den Support für rechte Mörderbanden, sondern macht auch fleißig mit, wenn es darum geht, nicht deutsche Menschen zu entwürdigen, zu verletzen und zu ermorden. So töteten Polizisten in Dessau den Geflüchteten Oury Jalloh, indem sie ihn in einer Zelle an eine Matratze schnallten und ihn anzündeten. Bis heute behaupten diese Mörder, der Festgeschnallte hätte sich mit einem handelsüblichen Feuerzeug selbst angezündet. Mehrere Brandgutachten bewiesen bereits, dass dies unmöglich ist.

Wer sich vor macht, dass es sich hierbei maximal um einen Einzelfall handele, ist weit gefehlt. Ein weiteres Beispiel für diese widerlichen Attacken, die von Menschenhass nur so strotzen, macht besonders deutlich, dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle handelt.

Ein Bundespolizist aus Hannover schrieb voller Stolz in einer Whatsapp Nachricht an einen Kollegen, wie er einen Menschen schwer misshandelt hat: „Hab den weggeschlagen. Nen Afghanen mit Einreiseverbot. Hab dem meine Finger in die Nase gesteckt. Und gewürgt. War witzig. Und an den Fußfesseln durch die Wache geschliffen. Das war so schön. Gequikt wie ein Schwein. Das war ein Geschenk von Allah“. Einige Wochen zuvor schrieb er ebenfalls an einen Kollegen: "Das ist ein Marokkaner. Den habe ich weiß bekommen. XY (der unmittelbare Vorgesetzte, Anmerkung der Redaktion) hat gesagt, dass er ihn oben gehört hat, dass er gequikt hat, wie ein Schwein. Dann hat der Bastard erst mal den Rest gammeliges Schweinefleisch aus dem Kühlschrank gefressen. vom Boden."

Der Mord an Samuel Yeboah war kein Einzelfall und geschah in einer besonders rassistisch aufgeladenen Zeit, als es in Deutschland immer wieder zu Anschlägen auf geflüchtete Menschen kam. Die mörderische Gewalt, die nach der Wiedervereinigung aufflammte, hat bis zum heutigen Tage mindestens 178 Menschen das Leben gekostet. Aktuell erlebt sie, befeuert durch Bewegungen wie Pegida und die AfD, einen erneuten Aufschwung, wenngleich sie natürlich nie weg gewesen ist. In einer Zeit des Aufschwungs für militante Neonazis und Naziskins brannten Anfang der 1990iger Jahre bundesweit die Unterkünfte und Wohnhäuser von Geflüchteten, Migrant\*innen und sogenannten Gastarbeiter\*innen. In Rostock-Lichtenhagen tobte tagelang der rechte Mob, befeuert und angefeuert durch die deutschen NachbarInnen, vor einem Haus in dem vornehmlich vietnamesische Gastarbeiter\*innen lebten. Sie warfen Brandsätze in das Haus und attackierten die Bewohner\*innen. Die Polizei überließ den FaschistInnen und jubelnden AnwohnerInnen tagelang das Feld und hielt sich zurück. Das Saarland reihte sich damals nahtlos ein in die Serie aus Mord- und Brandanschlägen. Mölln, Solingen, Hoyerswerda, Rostock- Lichtenhagen, Saarlouis. Unzählige weitere Fälle wären noch zu nennen.

Als Reaktion auf diese ressentimentgeladene Stimmung in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft wurde damals das Asylrecht faktisch abgeschafft. Mit dem Dublin II Abkommen hielt man fest, dass Geflüchtete nur in jenen EU Ländern ein Anrecht auf ein Asylverfahren haben, indem sie als erstes ankommen. Dass dies bedeutet, dass der ohnehin schon reichere Norden künftig kaum noch mit einem Fluchtproblem konfrontiert ist, war den damals Verantwortlichen gelegenes Kalkül. Und auch bei der jüngsten großen Migrationsbewegung schottete sich Deutschland und auch seine PartnerInnen, nach einem kurzen Sommer der „Willkommenskultur“, ab. Weitere Asylrechtsverschärfungen waren nach den großen Aufmärschen der rassistischen PEGIDA-Bewegung und den Erfolgen der AfD an der Tagesordnung. CDU/CSU, SPD und auch die Grünen

waren sich einig, dass man, um die Wählerinnenabwanderung zu unterbinden, politisch am rechten Rand fischen muss. Folgerichtig verschärften die genannten Parteien das Asylrecht nochmals massiv. Albanien, Montenegro und der Kosovo wurden zu sicheren Drittstaaten erklärt, um Abschiebungen in diese Länder leichter durchführen zu können. Dass die Bundeswehr nach wie vor im Kosovo stationiert ist, zeigt deutlich, dass die tatsächlichen Zustände in diesen Ländern für die Entscheidungen kaum eine Rolle gespielt haben.

Anstatt für sichere Fluchtwege zu sorgen, wird die europäische Abschottung, von Deutschland und seinen Partnerstaaten mit allen Mitteln vorangetrieben. Hierfür wurde z.B. auch der EU – Türkei Deal abgeschlossen.

Dieser sorgt dafür, dass Fluchtbewegungen bereits vor den EU-Außengrenzen massiv behindert werden.

Ein Abkommen mit der, von dem Autokraten Erdogan geführten, Türkei sollte den Letzten, die von einer humanen Flüchtlingspolitik Deutschlands träumten, vor Augen führen, dass die Floskeln um Menschenrechte und Grundwerte nicht das Papier wert sind auf dem sie stehen. Das Ergebnis ist ein Rückgang der zu uns flüchtenden Menschen, und dies ganz ohne unschöne Bilder an den deutschen Grenzen. Ähnliche Abkommen mit Lybien und anderen nordafrikanischen Staaten werden aktuell geplant. Gleichzeitig setzt die von Deutschland geführte EU im Mittelmeer Marineschiffe und Frontex Einheiten ein, um sich auch über das Mittelmeer abzusichern.

Die Grenzschutzereinheit Frontex ist dabei mehrmals durch Abdrängmanöver, sogenannte Push-Back Operationen und illegale Rückführungen von Flüchtlingen, die Europa bereits erreicht haben aufgefallen. Dass bei diesen widerlichen Versuchen, die europäischen Grenzen gegen geflüchtete Erwachsene und Kinder zu schützen, massive Gewalt gegen eben jene ausgeübt wird, deckt der „Pushed Back Bericht“ von ProAsyl auf.

Für die dennoch hier ankommenden, beziehungsweise bereits hier lebenden Menschen sieht die Lage auch nicht gerade rosig aus. So wird über Leistungskürzungen und eine verschärfte Residenzpflicht debattiert. Auch ausserhalb Deutschlands sind diese Verhältnisse schlichtweg menschenunwürdig. Im einem Flüchtlingscamp im nordfranzösischen Calais sind tausende Geflüchtete in einer Zeltstadt zusammengepfercht. Barracken, notdürftig errichtete, oft kaputte Zelte, dienen den Menschen dort als Unterkunft. Im Sommer wie im Winter. Nachdem diesen Zuständen in ganz Europa jahrelang zugeschaut wurden nehmen Großbritannien und Frankreich das Heft jetzt in die Hand. Jedoch versucht man nicht den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, sondern baut eine Mauer um den Hafen von Calais um die Geflüchteten an der Weiterreise nach England zu hindern.

Der deutsche Staat und die Europäische Union verfolgen bei der Abwehr der aktuellen Migrationsbewegungen, anders als der Nazimob auf der Straße, nicht das Ziel einer sogenannten Reinhaltung von Rasse und Kultur, sondern die Aufrechterhaltung und den Ausbau ihrer Wettbewerbsfähigkeit. So wollen sie „...diejenigen, die ein Bleiberecht haben, aufzunehmen, und alle anderen, die keine Bleibeperspektive haben, sondern lediglich aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland gekommen sind, konsequent in ihre Herkunftsländer zurückzuführen.“, wie es Klaus Boullion, der saarländische Innenminister, treffend ausdrückt. Ganz deutlich wird dies auch in der sogenannten Integrationspolitik Deutschlands. Wessen Arbeitskraft hier gewinnbringend für den deutschen Wirtschaftsstandort ausgebeutet werden kann, ist der rassistischen Mitte

willkommen. So kommt in der aktuellen Debatte die Forderung nach einer „Integration durch Arbeit“ ins Spiel und es wird geplant, sogenannte „80-Cent Jobs“ für Geflüchtete zu schaffen und den Mindestlohn auszusetzen. Dieser wird somit ausgehebelt und einkommensschwache deutsche Staatsbürger werden gegen geflüchtete Menschen ausgespielt. Alle anderen, die sich nicht der kapitalistischen Verwertungslogik fügen können oder wollen, werden in Lager eingepfercht, nachts aus den Betten gerissen und abgeschoben oder durch Residenzpflicht und Betätigungsverbot zur Untätigkeit verdammt. Organisiert wird diese widerliche Verwertungslogik vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Unter der Führung der ehemaligen Juso Vorsitzenden Andrea Nahles, versucht man die aktuelle Migrationsbewegung einerseits für den deutschen Wirtschaftsstandort auszunutzen, und andererseits die Schäden, die bei selbiger auftreten können auszumerzen. Auf die Bedürfnisse der Menschen, die gerade aus Kriegsgebieten oder Hungersnöten, aus Armut und Verfolgung geflohen sind, geht man dabei natürlich nicht ein.

Bereits Anfang September organisierte das Blockupy Bündnis deshalb die Blockade dieses Ministeriums in Berlin und machte deutlich, dass wir als Kommunist\*innen und Sozialist\*innen, als Anarchist\*innen und generell als linke Aktivist\*innen es nicht einfach zulassen werden, wenn Menschen derart behandelt werden. Wir wehren uns dagegen, dass die herrschenden Parteien die unteren Klassen gegeneinander ausspielen, um die deutsche Vormachtsstellung auf dem Weltmarkt zu schützen. Wir werden keinen Frieden mit dem neoliberalen Staat machen. Im übrigen auch mit keinem anderen Staat.

Hier heißt es nun den Druck aufrecht zu erhalten und die wichtigen Organe deutsch-europäischer Abschottungs- und Austeritätspolitik weiter anzugreifen, ihnen keine Ruhe zu lassen und ihren Nützlichkeitsrassismus zu torpedieren. Zum einen bietet sich dafür der 3. Oktober an. In Dresden will man sich dort für seinen Wirtschaftsstandort und die nationale Einheit ordentlich auf die Schultern klopfen. Für einen Tag versucht die etablierte Politik jeden Dissens, den Flüchtlings- und Europapolitik aufmachen, zu überspielen und sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu konzentrieren. Das deutsch Sein.

Wir werden der rassistischen Mitte und ihrem rechten Flügel allerdings keinen Tag der Ruhe und des Verschnaufens, der Selbstbeweihräucherung und des nationalen Feierns gewähren.

Gemeinsam mit vielen Genoss\*innen werden wir an diesem Tag auf die Straße gehen und deutlich machen, dass wir Deutschland für ein mieses Stück Scheiße halten!

Eine Verschnaufpause wird aber auch uns nicht vergönnt sein. Denn im November steht schon die Innenminister\*innenkonferenz in Saarbrücken an. Auf dieser wird die Innen- und Sicherheitspolitik des Bundes und der Länder verhandelt, Gesetzesverschärfungen auf den Weg gebracht und somit den Gegner\*innen des bürgerlich kapitalistischen Staates, aber auch den Menschen, die nach Europa und vor allem Deutschland fliehen, das Leben schwer gemacht. Ein Blick auf die diesjährige Themenpalette der Konferenz macht dies nochmal deutlich.

Ausbau der Sicherheits- und Überwachungsapparate, Migration und die Abwehr des islamistischen Terrors stehen ganz oben auf der Agenda von De Maiziere, Bouillon und Co.

Dass dies nicht wirklich in angemessenen Debatten über bspw. die Gefahrenabwehr von Terrorismus mündet, sollte die öffentlich Debatte zeigen.

Nachdem es zu Anschlägen kommt oder Versuche vereitelt werden, dreht sich der Sprech der Innenminister\*innen nicht darum, wie man junge Menschen von Radikalisierung abhalten kann

oder wie man dem Islamischen Staat nun endlich mal das Handwerk legt, sondern darum wie man nun ganz im Sinne von PEGIDA und Konsorten ein Burkaverbot durchsetzt. Nicht nur, dass in Deutschland kaum Burkis getragen werden, auch erschließt sich der Zusammenhang zwischen dem Kleidungsstück und dem Terror nicht. Das ist für die deutsche Innenpolitik auch nicht von Nöten. Man will nicht wirklich für eine Verbesserung der Zustände sorgen, sondern dem völkischen Mob seine Knochen zuwerfen, um sich wieder dem Tagesgeschäft zu widmen.

Auch die weiteren Maßnahmen, die auf der IMK geplant werden, strotzen nur so vor Populismus. Unter dem Deckmantel der Gefahrenabwehr will man weiter gegen unliebsame, politische Strömungen, wie die kurdische Bewegung, vorgehen und Repression gegen Kurd\*innen und Linke vorantreiben. Ein deutliches Indiz dafür sind die Distanzierungen Deutschlands von den Kurd\*innen. Feierte man sie Anfangs noch für die Verteidigung der freien Welt vor dem IS, gar manch CDU Politiker verlangte damals eine Debatte um das PKK Verbot, so wurde spätestens mit der Zusammenarbeit mit Erdogans Türkei wieder massiv zurück gerudert. Kurdische Aktivist\*innen werden eingesperrt und zu Haftstrafen verurteilt, weil sie sich angeblich für die PKK betätigen würden. Kurd\*innen, die vor dem Krieg in Syrien fliehen, müssen sich erschwerten Migrationsbedingungen unterwerfen. Abschiebungen wegen Verbindungen zur PKK sind ebenso an der Tagesordnung. Dies geschieht in erster Linie, um die guten, diplomatischen Beziehungen zur faschistoiden Türkei zu gewährleisten.

Wir können es nicht akzeptieren, dass zehntausende Geflüchtete an den Außengrenzen der Festung Europa zum Wohle des Wirtschaftsstandorts EU sterben.

Wir fordern deshalb:

Grenzen auf für Alle!

Kein schmutziger Deal mit der Türkei!

Refugees welcome!